



## **Beschlussempfehlung**

### **des Europaausschusses**

(im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV i. V. m. § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)

### **EntschlieÙung zur Konferenz zur Zukunft Europas**

Der Europaausschuss hat sich in mehreren Sitzungen, zuletzt am 26. Januar 2022, mit der Konferenz zur Zukunft Europas befasst und dazu eine schriftliche und eine mündliche Anhörung durchgeführt. In die Beratungen brachte die SPD-Fraktion einen Antrag „EntschlieÙung zur Konferenz zur Zukunft Europas“ ein, den der Ausschuss mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion nach Vorliegen eines gemeinsamen EntschlieÙungsantrags gleichen Titels für erledigt erklärte.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW empfiehlt der Ausschuss dem Landtag im Wege der Selbstbefassung, den folgenden von den Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorlegten Beschlussvorschlag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Angesichts der aktuellen Herausforderungen, vor denen Europa und die EU-Institutionen heute stehen, ist es mehr denn je notwendig, das Wissen über

Europa und das Bewusstsein für das, was Europa für die Menschen leistet, zu stärken sowie die Unionsbürgerinnen und -bürger besser als bisher an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet allen Bürgerinnen und Bürgern Europas die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Ideen von einer Zukunft der EU und ihrer Gestaltung direkt einzubringen. Auch die regionalen Parlamente sind zu einer aktiven Beteiligung aufgerufen.

Nach einem Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas im Mai 2022 sollte in einem ‚Follow up‘ der Zukunftskonferenz insbesondere auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger unter anderem auch in lokalen und regionalen Veranstaltungen weiter ausgebaut werden.

Der Landtag fordert das EU-Parlament, die Kommission und die Mitgliedsländer auf, die Möglichkeiten der EU-Verträge zu nutzen, um wirksam eine gemeinsame europäische Entwicklung zu sichern.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt erforderliche Vertragsänderungen für Reformen der EU-Institutionen. Die Konferenz sollte in einem weiteren Verfahren dafür in einen verfassungsgebenden Konvent münden, der zu einer Stärkung der demokratischen Teilhabe der EU-Bürgerinnen und -Bürger führt.

Der Landtag hat diese Möglichkeit des aufgerufenen Diskussionsprozesses genutzt, um zahlreichen Verbänden, Institutionen und Vereinen, die im besonderen Maße mit europäischen Themen beschäftigt oder betroffen sind, in diese Diskussion einzubinden. Der Landtag hat auf dieser Grundlage eine umfangreiche schriftliche und mündliche Anhörung zu Fragen der Demokratie und Beteiligung, der Regionen und speziell der Grenzregionen, der Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik und der Außenpolitik in der EU durchgeführt. Das Protokoll und die Unterlagen der umfangreichen Anhörung werden den relevanten Institutionen auf EU-Ebene neben diesem Antrag zugestellt.

Auf dieser Basis bringt der Landtag folgende Anregungen in die Konferenz zur Zukunft Europas ein:

### **Demokratie und Beteiligung stärken**

Dazu gehört:

- das EP mit einem umfassenden Initiativrecht zu stärken
- dass die Grundwerte der EU für alle Mitgliedsstaaten uneingeschränkt gelten und nicht verhandelbar sind. Abweichungen vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sind zu sanktionieren
- die Einhaltung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit
- eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen, über die der politische Diskurs auf europäischer Ebene transparent und nachvollziehbar vermittelt wird

- Ausbau einer stärkeren Identifikation der Bürger mit Europa durch mehr politische Bildung, insbesondere durch mehr direkte und persönliche Begegnungen, Veranstaltungen, Kampagnen und Schüler/Lehreraustausch
- Ausbau einer direkten Bürgerbeteiligung und Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft bei konkreten Entscheidungen
- die Erweiterung der europäischen Grundrechtscharta um die Punkte des Rechts, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben, und das Recht auf digitale Selbstbestimmung für jeden Menschen
- verständliche und konkrete Kommunikation bei positiven europapolitischen Entscheidungen bei Vorteilen für die Bürger aber auch gegen Falschmeldungen
- frühzeitige und stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene bei Richtlinien und Förderung von europäischen Städtepartnerschaften

### **Junge Menschen unterstützen und einbeziehen**

Dazu gehört:

- Förderung des Ausbaus des direkten länderübergreifenden Schüleraustausches, von Auszubildenden, Studenten und jungen Arbeitnehmerinnen am positiven Beispiel ERASMUS
- höheren Stellenwert der Europapolitik im internationalen Kontext in den Lehrplänen der Schulen einräumen
- Stärkung der intensiven Beratung zu den zahlreichen Möglichkeiten europäischer Maßnahmen
- mehr Aktionen und (Medien-) spiele für junge Menschen anbieten; z. B. Planspiel Model European Parlament einführen
- Ausbau der außerschulischen europapolitischen Kooperationen

### **Grenzregionen fördern**

Dazu gehört:

- Stärkung der Förderung von Wirtschafts-, Sprach- und Kulturprojekten sowie der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in der Grenzregion
- Entbürokratisierung der Förderprogramme (z. B. INTERREG)
- Zweisprachigkeit in Grenzregionen konsequent fördern und ausbauen (Kitas, Schule, Veranstaltungen, Projekte)
- Ausbau der grenzüberschreitenden Beratungen (Arbeitsrecht, Entlohnungssysteme, Sozialversicherungen etc.) insbesondere für den Arbeitsmarkt und für Ausbildungsmöglichkeiten

- Schaffung eines europaeinheitlichen, zentralen Entsendeportals
- unterschiedliche Situationen der sprachlichen Minderheiten beachten und bei Aktivitäten einbeziehen
- einheitliche Schnittstellen für die digitalen Systeme in der Grenzregion schaffen
- Grenzen offenhalten und grenzüberschreitende Verkehre vereinfachen (grenzüberschreitender ÖPNV)

### **Stabilität Europas angesichts unsicherer außenpolitischer Lage**

Dazu gehört:

- Kooperation im Ostseeraum vertiefen und damit Stabilität erhöhen
- Demokratisierungsmöglichkeiten in den Nachbarländern soweit möglich unterstützen
- Ziel sollte eine gemeinsam ausgeführte Sicherheitspolitik in der EU sein

### **Wirtschaft und Digitalisierung stärken**

Dazu gehört:

- hochwertige, öffentliche und private, langfristige und nachhaltige Investitionen unter besonderer Berücksichtigung der Klimaziele
- Abbau bürokratischer Hemmnisse z. B. im Dokumentations- und Nachweiswesen
- den digitalen Wandel sicherstellen, damit die Technologie zum Nutzen aller Bereiche der Gesellschaft in vollem Umfang genutzt wird
- ein digitaler Wandel mit einer langfristigen Vision für Bildung, Forschung und Austausch in digitalen Fragen
- Festlegung geeigneter und kohärenter digitaler Standards
- Überwindung der grenzüberschreitenden Unterschiede in der digitalen Infrastruktur, digitalen Kompetenzen, Zugang zu und Nutzung elektronischer Behördendienste

### **Soziales Europa umsetzen**

Dazu gehört:

- die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) aktiv umzusetzen und ihre Ziele in eine Gesamtstrategie einbinden

- in den jeweiligen Ländern angemessene Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten der EU unter Einhaltung der Kompetenzordnung und der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit einzuführen
- den ökologischen Wandel sozial und wohlstandsverträglich gestalten
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen sowie europäische Forschung und Produktion und Lieferketten für Medikamente und Medizintechnik ausbauen

### **Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung voranbringen**

Dazu gehört:

- die Umsetzung des Green Deal europaweit und in den Regionen ambitioniert und unverzüglich voranbringen
- Vorreiterrolle der EU und ihrer Regionen in Bereichen der Forschung und Entwicklung innovativer, umweltfreundlicher Technologien ausbauen
- Europäischen Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Grenzschutzmechanismus ausbauen
- koordinierte Programme und direkter Zugang zu EU-Mitteln für Gemeinden, Städte und Regionen
- Transformation des Verkehrssektors

### **Minderheitenrechte schützen und durchsetzen**

Dazu gehört:

- die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020-2025
- die Ziele der Europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack (MSPI) zu unterstützen und deren konkrete Umsetzung voranzutreiben
- einen gemeinsamen Rahmen von EU-Mindeststandards für den Schutz der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, zu schaffen
- die Sichtbarkeit der Minderheiten durch verstärktes ‚Minority Mainstreaming‘ zu verbessern
- den Mehrwert der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Kompetenzen nationaler Minderheiten anzuerkennen und in EU-Entwicklungsstrategien und Finanzierungsprogrammen zu berücksichtigen
- die Minderheiten stärker in die Planungen regionaler Behörden einbeziehen
- digitale Plattform zum Abbau von Kommunikationsproblemen mit Behörden in Minderheitssprachen

- das Geo-Blocking verhindern.“

Wolfgang Baasch  
Vorsitzender